



**Europäischer Sozialfonds Plus (ESF Plus) in Baden-Württemberg
Förderperiode (FP) 2021-2027
„Investitionen in Beschäftigung und Wachstum“**

**Aufruf vom 18. März 2026
des regionalen ESF-Arbeitskreises Freiburg**

zur Einreichung von regionalen Projektanträgen in dem spezifischen Ziel

**h) Förderung der aktiven Inklusion mit Blick auf die Verbesserung der
Chancengleichheit, Nichtdiskriminierung und aktiven Teilhabe sowie Erhöhung der
Beschäftigungsfähigkeit, insbesondere von benachteiligten Gruppen**

**Antragsfrist: 01.06.2026
Frühester Start der Maßnahmen: 1. Januar 2027**

1. Ausgangslage und Handlungsbedarf

Die Strategie des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus) in Baden-Württemberg in der Förderperiode 2021-2027 orientiert sich neben den inhaltlichen Empfehlungen der ESF-Plus-Verordnung (VO (EU) 2021/1057) bzw. der Dachverordnung (VO (EU) 2021/1060) maßgeblich an den länderspezifischen Empfehlungen der Europäischen Kommission für Deutschland 2019. Die Investitionsleitlinien für die Mittel im Rahmen der Kohäsionspolitik 2021-2027 für Deutschland im Politischen Ziel 4 („Ein sozialeres Europa“) sind in Anhang D des Länderberichts für Deutschland wiedergegeben. Hinzu kommen die Ziele der Europäischen Säule sozialer Rechte.

Nach den für Baden-Württemberg identifizierten spezifischen Herausforderungen der ESF-Förderung und den Politikzielen des Landes wurde die Förderstrategie des ESF Plus in Baden-Württemberg in der Förderperiode 2021-2027 entwickelt. Dazu wurden u. a. politische Programme auf Landesebene, Ergebnisse der im Jahr 2019 durch das Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG GmbH) durchgeführten Sozioökonomischen Analyse bzw. der Stärken-Schwächen-Chancen-Risiken-Analyse (SOEK/SWOT), Ergebnisse der im

Hinblick auf die Förderperiode 2021-2027 durchgeführten Online-Konsultation sowie Erfahrungen und Evaluationsergebnisse aus der Förderperiode 2014-2020 herangezogen. Auch in der regionalen Förderung soll ein Schwerpunkt auf die Steigerung der sozialen Inklusion und der gesellschaftlichen Teilhabe sowie auf die Bekämpfung der Armut gesetzt werden.

Für den Stadtkreis Freiburg sieht der regionale ESF-Arbeitskreis Freiburg - ausgehend von den Ergebnissen der Analyse in der Arbeitsmarktstrategie 2027 (siehe Arbeitsmarktstrategie 2027 unter www.freiburg.de/esf) - folgende Handlungsbedarfe für die **Zielgruppe der besonders arbeitsmarktfernen Langzeitarbeitslosen und weiterer benachteiligter Zielgruppen**:

Allgemein Arbeitsmarktbezogen betrachtet sollte der Strukturwandel durch Digitalisierung und Dekarbonisierung genutzt und auch als Chance begriffen werden, wenn betroffene Gruppen durch passende Bildungs- und Arbeitsmarktangebote gezielt begleitet werden. Arbeitsmarktdrehscheiben sollten stärker darauf ausgerichtet werden, frühzeitig Übergänge zu sichern und Beschäftigte durch Präventionsmaßnahmen besser zu binden (Job to Job).

Die Potenziale am Arbeitsmarkt sollten umfassend ausgeschöpft werden, insbesondere bei Gruppen mit erhöhtem Förderbedarf: Frauen, Ältere, Menschen mit Migrationshintergrund sowie inklusiv orientierte Menschen mit Behinderungen. Ziel wäre eine bessere Integration, Teilhabe und Beschäftigungsfähigkeit dieser Gruppen. Zugleich gilt es, neue Arbeitskräftepotenziale zu erschließen – durch gezielte Zuwanderung und die Aktivierung bislang wenig genutzter „Stiller Reserven“.

Zukunftsorientierte, am Arbeitsmarktbedarf orientierte Weiterbildung muss etabliert werden, um lebenslanges Lernen als Standard zu verankern. Verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit gilt es aufzubrechen: durch passgenaue Unterstützungsangebote, individuelle Begleitung und verlässliche Netzwerke, die nachhaltige Vermittlungschancen sichern.

Aus Perspektive der Arbeitsmarktförderung lassen sich weitere zentrale Handlungsfelder ableiten: schwer vermittelbare Personengruppen (insbesondere Menschen mit psychischen Belastungen und Erkrankungen, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und Migrant*innen) benötigen besondere Ansätze. Langzeitarbeitslosigkeit wird stark von psychischer Gesundheit und Lücken im Gesundheitssystem beeinflusst; zunehmende psychische Erkrankungen verlangen integrierte Unterstützungsstrukturen. Die soziale Teilhabe von Menschen über 60 Jahren, Sprachbarrieren sowie schwer erreichbare Zielgruppen erfordern zusätzliche, oft intensivere Maßnahmen, die über eine reguläre Aktivierung hinausgehen.

Hinsichtlich der **Zielgruppe der benachteiligten Schüler*innen und marginalisierten jungen Menschen** sieht der Regionale ESF-Arbeitskreis ausgehend von den Ergebnissen der Analyse für Freiburg folgende Handlungsbedarfe:

Die analysierten Themen zeigen nach wie vor eine hohe und steigende psychische Belastung junger Menschen, verbunden zum Teil mit Einsamkeit und Unsicherheiten im Umgang mit Medienkompetenz und Medienkonsum. Gleichzeitig lässt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen den zunehmenden psychischen Belastungen und Schulabsentismus feststellen.

Ein signifikanter Anstieg von schulabsenten Jugendlichen ist zu verzeichnen: Berichte legen nahe, dass manche Jugendliche ein bis drei Jahre der Schule fernblieben und einige sogar die 8. Klasse nicht abschließen konnten. Daraus folgt, dass herkömmliche Schulformate nicht mehr ausreichen. Rückmeldungen aus der Jugendsozialarbeit, der (außerschulischen) Jugendberufshilfe und aus dem Übergangsmanagement (RüM) bestätigen diesen Bedarf. Vor diesem Hintergrund wird nach wie vor der Bedarf an einem eigenständigen, expliziten Angebot einer berufsorientierten Bildungsmaßnahme speziell für junge Menschen mit psychischer Belastung gesehen.

Dies soll als Ergänzung zu bestehenden Ansätzen wie Gruppenangeboten oder der Teilnahme an regulären Bildungsmaßnahmen verstanden werden, da diese in der aktuellen Form nicht ausreichen und reguläre Ansätze nur begrenzte Wirkung zeigen. Zudem ist das Versorgungsangebot für junge Menschen mit psychischen Erkrankungen und Belastungen unzureichend: Es fehlen Fachärzt*innen für Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie ausreichende Kapazitäten in stationären und ambulanten Behandlungen.

Daraus ergeben sich folgende zentrale Handlungsfelder: der Ausbau eigenständiger Angebote zur beruflichen Orientierung und Bildung für psychisch belastete Jugendliche wird als Zentral angesehen, zudem die Entwicklung integrierter Unterstützungsmodelle, welche das System Schule, die Jugendarbeit und soziale Unterstützung eng miteinander verknüpfen sollte.

Ein weiterer Handlungsbedarf und eine besondere Herausforderung stellen Jugendliche in den AVdual- und VAB-Klassen dar, die als „nicht praktikumsreif“ eingestuft werden. Laut Einschätzung des regionalen ESF-Arbeitskreises lässt sich dieses Problem nicht allein durch schulische und betriebliche Regelsysteme lösen. Vielmehr bedarf es spezieller außerschulischer Angebote, die niedrigschwellige, praxisnahe Berufserfahrung mit berufsorientierenden Elementen kombinieren.

Zudem zeigen die Zahlen, dass sich im AVdual und VAB vor allem Schüler*innen mit deutlich erhöhtem Unterstützungsbedarf konzentrieren. In Freiburg ist daher auch künftig mit einem nicht unerheblichen Anteil von Lernenden mit erschwerten Bedingungen beim Übergang von der Schule in den Beruf zu rechnen.

Insgesamt benötigt der Start in eine Ausbildung häufig eine stärkere Begleitung, insbesondere beim Übergang von Schule der Schule in den Beruf (vgl. regionale ESF-Plus Arbeitsmarktstrategie 2027 für Freiburg www.freiburg.de/esf).

2. Zielgruppen der Förderung

Ausgehend vom ermittelten Handlungsbedarf und der ausgearbeiteten Analyse für Freiburg wird sichtbar, dass bei beiden Hauptzielgruppen das Thema psychische Belastungen und Erkrankungen stark zunimmt und virulent ist. Deshalb legt der regionale ESF-Arbeitskreis Freiburg fest, dass in der kommenden Förderperiode sowohl bei der Förderlinie für benachteiligte Schüler*innen und marginalisierte junge Menschen als auch bei der Förderlinie für besonders arbeitsmarktferne Langzeitarbeitslose mit multiplen Vermittlungshemmnissen der Fokus auf psychische Belastungen und schwer erreichbare Menschen gelegt wird.

Förderlinien für besonders arbeitsmarktferne Langzeitarbeitslose und weitere Zielgruppen

Zielgruppe: Besonders arbeitsmarktferne Langzeitarbeitslose Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen und weitere Zielgruppen mit psychosozialen Problemlagen und gesundheitlichen Einschränkungen.

Förderlinien für benachteiligte Schüler*innen und marginalisierte junge Menschen

Zielgruppe: Benachteiligte Schüler*innen und marginalisierte junge Menschen mit psychosozialen Belastungen, schulpflichtige „Dropouts und schulabsente Schüler*innen und Jugendliche, die ohne Schulabschluss die Schule verlassen.

(vgl. regionale ESF-Plus Arbeitsmarktstrategie 2027 für Freiburg www.freiburg.de/esf)

Die Mindestteilnehmendenzahl pro Projekt beträgt grundsätzlich 10 Teilnehmende.

3. Ziele der Förderung

Auf Basis des analysierten Handlungsbedarfs für die definierten Förderlinien hat der regionale ESF-Arbeitskreis Freiburg die nun folgenden Schwerpunktziele festgelegt. Darüber hinaus sind die bisherigen Querschnittsziele „Gleichstellung der Geschlechter“ und „Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung“ sowie die EU-Grundrechtecharta in jedem Fall zu berücksichtigen. Die Aspekte „Ökologische Nachhaltigkeit“ und „Transnationale Kooperation“ sind ebenfalls erwünscht, können jedoch optional umgesetzt werden.



Zudem sind Projekte, die einen quartierspezifischen und sozialräumlichen Ansatz berücksichtigen, gerne willkommen.

Förderlinien für besonders arbeitsmarktferne Langzeitarbeitslose und weitere Zielgruppen

Ziel: Steigerung der Arbeitsfähigkeit und sozialen Teilhabe arbeitsmarktferner Langzeitarbeitsloser (mit multiplen Vermittlungshemmnissen) sowie psychosozial belasteter Gruppen durch gesundheitliche und psychosoziale Stabilisierung.

Förderlinien für benachteiligte Schüler*innen und marginalisierte junge Menschen

Ziel: Bei dieser Förderlinie steht der Übergang Schule – Beruf im Mittelpunkt. Generelles Fernziel ist hierbei, dass jede*r Jugendliche eine Chance erhält und jede*r einen Schulabschluss erwerben sowie einen adäquaten Anschluss an die Schule finden kann. Schulabsente junge Menschen sollen wieder in das Regelsystem der Schule herangeführt und integriert werden. Aufgrund der häufig niedrigen psychischen Belastbarkeit der Zielgruppe sollte die sozialpädagogische Begleitung zudem individuell und längerfristig angelegt sein mit dem Ziel der gesundheitlichen und psychosozialen Stabilisierung und der Persönlichkeitsstärkung.

(vgl. regionale ESF-Plus Arbeitsmarktstrategie 2027 für Freiburg www.freiburg.de/esf)

4. Umsetzung der Fördermaßnahmen

Projekthalte

Entsprechend dem spezifischen Ziel h) können nachstehende Projekthalte geeignet sein, das Ziel zu erreichen:

Förderlinien für besonders arbeitsmarktferne Langzeitarbeitslose und weitere Zielgruppen

Durch die Zunahme psychischer Belastungen und Einsamkeit bei Menschen im Langzeitleistungsbezug sollten ein aufsuchender Ansatz, alltagsstrukturierende Maßnahmen sowie eine engmaschige Betreuung und Begleitung zentrale Elemente der Angebote sein. Da Betroffene häufig wenig belastbar und schwer erreichbar sind, sollten die Maßnahmen zudem niederschwellig, längerfristig und bedarfsgerecht gestaltet werden.

Gewünscht sind passgenaue Synergien und auf das Individuum zugeschnittene und bedarfsgerechte Angebote. Insgesamt ist zu beachten, dass Überschneidungen mit den Zielgruppen der Regelangebote des Jobcenters sowie in den Angeboten des kommunalen Beschäftigungsprogramms zu vermeiden sind. Vielmehr wären aufeinander aufbauende

Module („Förderketten“) sinnvoll, die bestehenden Angebote ergänzen oder Lücken im Fördersystem schließen.

Förderlinien für benachteiligte Schüler*innen und marginalisierte junge Menschen

Angebote und Maßnahmen für psychisch stark belastete Jugendliche und junge Erwachsene sollten bei Bedarf auch aufsuchende Elemente beinhalten, aber in jedem Fall niederschwellig und engmaschig sein. Zudem Angebote für die Zielgruppe der Auszubildenden mit psychischen Belastungen und Überlastungen, sowie bei Bedarf eine individuelle Begleitung beim Übergang in die Ausbildung. Projekte und Angebote um dem Thema Schulabsentismus und „Dropouts“ zu begegnen z.B. ein niederschwelliges Übergangsangebot für schulpflichtige „Dropouts“, die von den Angeboten des Regelsystems nicht erreicht werden. Hier ist durchaus die Erprobung neuer pädagogischer Konzepte denkbar, die eine Schnittstelle zum klassischen Regelsystem darstellen und dabei die individuellen Bedürfnisse der Teilnehmenden in den Fokus rücken.

Niedrigschwellige außerschulische Angebote für Schüler*innen in den Übergangsklassen, die als „nicht praktikumsreif“ gelten, mit berufsorientierenden und berufspraktischen Anteilen. Z.B. in Form einer Beschäftigungsmaßnahme für junge Erwachsene in einem geschützten Rahmen, niederschwellig und pädagogisch begleitet, insbesondere für junge Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen und/oder mangelnden Sprachkenntnissen. Erwünscht sind zudem Angebote, welche das familiäre Umfeld und die betriebliche Seite mit einbeziehen sowie Synergien mit bestehenden Angeboten ermöglichen und das Thema Demokratie als Querschnittsziel mitdenken.

Insgesamt ist zu beachten, dass Überschneidungen mit den Zielgruppen der Regelangebote des Jobcenters zu vermeiden sind, aber Synergien zur Jugendberufsagentur Freiburg (Jubag25) mitgedacht werden. Auch hier sind aufeinander aufbauende Module („Förderketten“) sinnvoll, die bestehenden Angebote ergänzen oder Lücken im Fördersystem schließen.

5. Grundlegende Voraussetzungen für eine Förderung sowie Querschnittsziele im ESF Plus

Charta der Grundrechte der Europäischen Union (Charta)

Allen Querschnittszielen übergeordnet ist als grundlegende Voraussetzung die Achtung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (Artikel 8 der ESF-Plus-Verordnung). Der ESF Plus soll positiv zur Einhaltung und zum Schutz aller in der Charta verankerten Grund-



rechte beitragen. Vorhaben des ESF Plus müssen daher unter Einhaltung der Charta durchgeführt werden. Dabei müssen auch die Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention Berücksichtigung finden.

Den Teilnehmenden ist im Teilnahmefragebogen bekannt zu machen, dass die Fördermaßnahme unter Beachtung der Charta der Grundrechte durchgeführt wird (siehe letzte Seite des Teilnahmefragebogens, die aufzubewahren ist).

Querschnittsziele

Die Querschnittsziele „Gleichstellung der Geschlechter“, „Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung“, „Nachhaltigkeit im Sinne des Klimaschutzes“ sowie ggf. „Transnationale Zusammenarbeit/Kooperationen“ sind im Antrag angemessen zu berücksichtigen. Beispiele für Instrumente und Methoden der Umsetzung finden Sie auf unserer [ESF-Webseite](#) zu den Querschnittszielen, Hinweise zur Integration der Querschnittsziele in der Förderperiode 2021-2027 erhalten Sie in der Online-Materialsammlung der [Agentur für Querschnittsziele im ESF Plus](#).

Gleichstellung der Geschlechter

Das Querschnittsziel „Gleichstellung der Geschlechter“ im ESF Plus zielt darauf ab, die geschlechtsbezogene Trennung am Arbeitsmarkt abzubauen sowie Geschlechterstereotype und die Diskriminierung von nicht-binären Personen zu überwinden. Das Leitziel ist es, einen Beitrag zur gleichen wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Frauen, Männern und nicht-binären Personen zu leisten. Angestrebt wird zudem, dass der Frauenanteil in Maßnahmen mindestens ihrem Anteil an der Zielgruppe entspricht.

Die Maßnahmen sind an den geschlechtsbezogenen Lebenslagen (Familie oder alleinerziehend) und Barrieren auszurichten, etwa durch die Berücksichtigung einer besonderen Unterstützung für diese Zielgruppe. Es soll – wenn möglich – ein Beitrag zur Überwindung von Geschlechterstereotypen geleistet werden.

Gewünscht wird daher, dass der Projektantrag konkrete Aussagen zur Umsetzung des Querschnittsziels „Gleichstellung der Geschlechter“ in der Maßnahme trifft.

Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung

Das Querschnittsziel „Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung“ zielt darauf ab, jede Form von Diskriminierung – insbesondere aufgrund der ethnischen Herkunft, der Religion



oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Orientierung – zu bekämpfen. Die Maßnahmen sollen die Ausgangssituation von Menschen berücksichtigen, die besonders benachteiligt sind, das sind oftmals Ältere, Menschen mit Behinderung oder Menschen mit Migrationsgeschichte. Ziel ist es, die nachhaltige Beteiligung dieser Teilzielgruppen am Erwerbsleben zu erhöhen und Zugangshürden zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu reduzieren. Die Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention werden in der verpflichtenden durchgehenden Berücksichtigung des Grundsatzes der Nichtdiskriminierung sichergestellt.

Gewünscht wird daher, dass der Projektantrag konkrete Aussagen zur Umsetzung des Querschnittsziels „Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung“ in den Maßnahmen trifft.

Nachhaltigkeit i.S.d. Schutzes der Umwelt und der Verbesserung ihrer Qualität

Der ESF Plus selbst betont die Zielsetzung „der Vorbereitung einer grünen Wirtschaft“. Es werden daher alle Aktivitäten begrüßt, die darauf abzielen, über umweltschutzbezogene Inhalte zu beraten oder Einrichtungen/Unternehmen zu beteiligen, die sich im Umwelt- und/oder Klimaschutz engagieren. Auch einzelne projektbezogene Maßnahmen und Inhalte, die zum Ziel der Nachhaltigkeit im Sinne des Schutzes der Umwelt und der Verbesserung ihrer Qualität und insbesondere zu den Klimaschutzzielen beitragen, sind ausdrücklich erwünscht. Des Weiteren empfehlen wir den Projektträgern, den [Deutschen Nachhaltigkeitskodex](#) anzuwenden und sich an den Empfehlungen zum Green Public Procurement¹ zu orientieren.

Transnationale Kooperation

Im Rahmen der Umsetzung des ESF Plus in Baden-Württemberg sind transnationale Formen der Zusammenarbeit oder des Austausches möglich. Dies kann zum Beispiel über einen gegenseitigen Austausch von projektbezogenen Umsetzungserfahrungen erfolgen oder über gegenseitige Kontakte zwischen Teilnehmenden der Fördermaßnahmen. Besonders erwünscht sind transnationale Komponenten mit Partnern in den Mitgliedsländern der [Europäischen Strategie für den Donauraum](#) sowie der [Europäischen Strategie für den Alpenraum](#).

¹ Green Public Procurement (GPP) wird von der EU-Kommission als ein Prozess definiert, in dem staatliche Stellen solche Waren und Dienstleistungen beschaffen, die hinsichtlich ihrer Erstellung und ihres Lebenszyklus im Vergleich zu gleichwertigen Leistungen und Produkten geringere Umweltauswirkungen aufweisen.

Wenn transnationale Ansätze vorgesehen sind, sind diese in der Projektbeschreibung aufzuführen und konkret zu beschreiben.

6. Qualitätssicherung

Schulungen und Informationen für Projektträger und Antragstellende bietet das Projekt [EPM+ – ESF-Plus-Projekte managen](#).

7. Beihilferechtliche Einordnung

Die Inhalte und Leistungen des vorliegenden regionalen Projektaufrufs sind nach vorläufiger Einschätzung zum Zeitpunkt des Projektaufrufes nicht beihilferelevant. Die beihilferechtlichen Vorschriften sind entsprechend zu beachten.

9. Antragstellung und Zuwendungsvoraussetzungen

Antragsberechtigung

Antragsberechtigt sind juristische Personen des öffentlichen oder privaten Rechts sowie (teil)rechtsfähige Personengesellschaften. Ausgeschlossen von einer Antragstellung sind natürliche Personen und nicht rechtsfähige Personenvereinigungen.

Antragstellung

Die aktuellen Antragsunterlagen der regionalen Förderung (Antragsformular und Anlage Projektbeschreibung) finden Sie auf der [ESF-Webseite](#) sowie im [ELAN-Portal](#) - mit umfassenden Informationen zur Antragstellung.

Dem Antragsformular (Excel-Dokument) ist eine ausführliche Projektbeschreibung (Word-Dokument mit max. 15 Seiten, bei Kooperationsprojekten 20 Seiten) beizufügen sowie weitere Berechnungsgrundlagen, welche den Kosten- und Finanzierungsplan sowie die geplanten Teilnehmendenzahlen erläutern.

Der Antragsteller bzw. spätere Zuwendungsempfänger ist für die ordnungsgemäße Umsetzung des Projektes verantwortlich.

Bei Kooperationsprojekten ist die Kooperationserklärung (s. Antragsformular) verpflichtend auszufüllen.

Der Bewilligung zu Grunde liegende Kosten- und Finanzierungsplan ist hinsichtlich des Gesamtergebnisses verbindlich.



Im Antragsformular ist zu bestätigen, dass die direkten Personalkosten mit der beim Begünstigten üblichen Vergütungspraxis für die betreffende berufliche Tätigkeit oder mit dem geltenden nationalen Recht, Tarifverträgen oder offiziellen Statistiken in Einklang stehen und dass für die Durchführung der Fördermaßnahme Projektmitarbeitende (internes Personal) mindestens wie im Antrag aufgeführt freigestellt werden.

Voraussetzung für eine Bewilligung ist unter anderem, dass der Antragsteller im Rahmen des Antragsverfahrens die erforderlichen Unterlagen zur Identifikation entsprechend den regulatorischen Legitimationsanforderungen an Banken- und Finanzinstitute vorlegt. Für die Einreichung der Legitimationsunterlagen kommt die L-Bank nach Übermittlung des Förderantrags direkt auf Sie zu, sofern diese Unterlagen benötigt werden. Sie erhalten von der L-Bank eine sichere Verbindung. Die Anforderung von Unterlagen, die der Identifikation des Antragstellers dienen, erfolgt aufgrund der regulatorischen Anforderungen an Banken- und Finanzinstitute. Förderbanken müssen nach den §§ 25a, 25h Kreditwesengesetz (KWG) und 4 Absatz 1 Geldwäschegesetz (GwG) über ein wirksames Risikomanagement verfügen, das im Hinblick auf die spezifische Art und Umfang ihrer Geschäftstätigkeit angemessen ist. Insofern muss die L-Bank im Rahmen des Know-Your-Customer-Prinzips bankübliche Sorgfaltspflichten nach §§ 10, 14 und 15 GwG ausüben, die sich nicht zwingend mit Bewilligungsstellen in anderen Bundesländern decken müssen. Die sich aus dem KWG und GwG ergebenden Sorgfaltspflichten gelten für alle Kunden der L-Bank, unabhängig davon, ob es sich um Kreditnehmer oder Zuschussnehmer handelt.

Bitte reichen Sie ihren vollständigen und unterschriebenen Antrag bis zum genannten Termin über das **elektronische Antragsportal ([ELAN-Portal](#))** ein. Hier finden Sie alle nötigen Informationen sowie die Antragsunterlagen zur Antragstellung. Ihre hochgeladenen Antragsunterlagen werden über das ELAN-Tool automatisch über eine sichere Verbindung bei der L-Bank eingereicht. Sie erhalten hierüber eine Versandbestätigung.

Antragsfrist

Die Anträge müssen bis zum **1. Juni 2026** vollständig über das elektronische Antragsportal (ELAN) bei der L-Bank eingegangen sein.

Auswahlverfahren

Die Bewertung und Auswahl der eingegangenen Förderanträge erfolgt in einem Rankingverfahren. Die Anträge werden bewertet auf der Grundlage der Methodik und Kriterien für die Auswahl von Vorhaben im Rahmen der ESF-Plus-Förderperiode in Baden-

Württemberg 2021-2027, beschlossen vom ESF-Begleitausschuss am 16. Mai 2024 ([Link zu den Auswahlkriterien](#)).

Die vorhabenbezogenen Auswahlkriterien umfassen:

- Erfüllung der formalen Fördervoraussetzungen im Rahmen des ESF Plus,
- Gesicherte Gesamtfinanzierung,
- Fachliche Qualität des Projekts hinsichtlich der Erreichbarkeit der im Programm des ESF Plus für Baden-Württemberg sowie in der Strategie des ESF-Plus-Arbeitskreises festgelegten Ziele einschließlich der Berücksichtigung der Querschnittsziele,
- Qualifikation und Leistungsfähigkeit (Zuverlässigkeit) des Antragstellers und der Kooperationspartner,
- Angemessenes Kosten-Nutzen-Verhältnis.

10. Art, Umfang und Laufzeit der Förderung

Die Projektförderung erfolgt im Wege der Fehlbedarfsfinanzierung über das Programm für den ESF Plus des Landes Baden-Württemberg in der Förderperiode 2021-2027.

Laufzeit der Projekte

Durchführungszeitraum: 1. Januar 2027 bis 31. Dezember 2027 oder 31. Dezember 2028 (bei 2-jähriger Förderung).

Für die Förderung der regionalen Projekte in Freiburg stehen ESF-Plus-Mittel in Höhe von 188.261 Euro zur Verfügung.

Kofinanzierung durch den ESF Plus und Rechtsanspruch

Projekte können grundsätzlich bis zu 40 Prozent aus dem ESF Plus gefördert werden. Der ESF-Plus-Anteil sollte nicht unter 30 Prozent liegen.

Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht. Vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens. Die Maßnahmen dürfen vor der Bewilligung nicht begonnen werden.

Verbot der Mehrfachförderung

Zur Finanzierung der bezuschussten Kosten dürfen keine weiteren Zuschüsse aus ESF-Plus-Mitteln oder sonstigen EU-Mitteln eingesetzt werden.

11. Förderfähige Ausgaben

Förderfähige Kostenpositionen

Direkte Personalausgaben (Position 1.1 im Kostenplan)

Förderfähig sind direkte Personalausgaben für internes Personal für alle Leistungen, die aufgrund eines Arbeitsvertrags vergütet werden, einschließlich Sozialabgaben und sonstigen Arbeitgeberanteilen für interne Mitarbeitende, die vorhabenspezifische Aufgaben wahrnehmen, sowie Ausgaben für externes Personal, welches vorhabenspezifische Aufgaben übernimmt. Zu den vorhabenspezifischen Aufgaben zählen die unter Punkt 4. „Umsetzung der Fördermaßnahmen“ beschriebenen Aufgaben sowie weitere, aus diesem Aufruf resultierende projektspezifische Tätigkeiten und Pflichten.

Direkte interne Personalausgaben für fest bzw. befristet beschäftigtes Personal sind Beträge bis in Höhe von maximal 107.000 Euro pro Jahr und Vollzeitstelle (VZÄ) förderfähig. Nicht förderfähig sind u.a. Beiträge zu Berufsgenossenschaften, Arbeitgeberzuschüsse zur Beschaffung von Fahrzeugen, Fahrrädern, Rollern etc., auch dann nicht, wenn diese mit den Gehaltszahlungen erfolgen, sowie Abfindungen. Internes Personal soll bevorzugt eingesetzt werden.

Direkte externe Personalausgaben: Förderfähig sind zudem Kosten für externes Personal, die sich aus einem Dienstleistungsvertrag ergeben, wenn dieses Personal vorhabenspezifische Aufgaben übernimmt. Grundsätzlich können im Rahmen dieser Kostenart auch Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich durchgeführte Tätigkeiten auf Grundlage einer Vereinbarung geltend gemacht werden (z.B. im Rahmen der Ehrenamts-/Übungsleiterpauschale).

Kosten für externes Personal sind bis zu einem Tagessatz von 800 Euro und bis zu 100 Euro pro Stunde zuzüglich Umsatzsteuer, wenn nicht umsatzsteuerbefreit, förderfähig. Werden von externem Personal außerhalb der Personalkosten zusätzliche Kosten wie Materialaufwand, Reisekosten, Spesen o.ä. in Rechnung gestellt, sind diese nicht förderfähig, sondern werden unter der Restkostenpauschale abgegolten.

Direkte Ausgaben sind Ausgaben, die nachweislich im Rahmen der Projektdurchführung entstehen. Daher sollten möglichst bereits im Antrag die Aufgaben und Tätigkeiten für das interne und externe Personal beschrieben werden.

Bitte informieren Sie sich im Detail zu den zuschussfähigen direkten Personalausgaben in der [Aufstellung der förderfähigen Ausgaben](#).

Auf die Summe der förderfähigen direkten Personalausgaben wird ein Aufschlag von **23 Prozent zur Deckung der Restkosten** des Projekts gewährt (Restkostenpauschale). Dieser Pauschalsatz bezieht sich auf die Kostenposition 1.1 „Direkte Personalkosten“.

Indirekte Kosten: Indirekte Kosten sind Kosten, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang zu dem Vorhaben stehen oder für die der unmittelbare Zusammenhang mit dem Vorhaben nicht nachgewiesen werden kann. Unter diese Kosten fallen beispielsweise Ausgaben, bei denen es schwierig ist, den genauen auf eine bestimmte Maßnahme entfallenden Betrag zu ermitteln (z.B. der Lohn des Reinigungspersonals sowie Kosten für Telefon, Wasser und Strom u.ä.). Indirekte Kosten sind über die Restkostenpauschale abgegolten.

Zusätzlich förderfähig und nicht in der Pauschale mitberücksichtigt sind nach Artikel 56 (2) der Dachverordnung „Gehälter/Löhne und Zulagen, die an Teilnehmende gezahlt werden“ und damit die folgenden Kostenpositionen:

- 2.1 „Gehälter, Löhne auch Ausbildungsvergütungen“, die an Teilnehmende vom Träger ausbezahlt werden
- 4.1 „Bürgergeld“ als durchlaufende Kosten- und Finanzierungsmittel
- 4.5 „Unterstützungsgelder, Gehälter, Löhne auch Ausbildungsvergütungen an Teilnehmende durchlaufend“ als durchlaufende Kosten- und Finanzierungsmittel

Diese Kostenpositionen können zusätzlich anerkannt bzw. abgerechnet werden, sofern diese Kosten tatsächlich angefallen sind.

Weitere Ausgaben sind nicht förderfähig und weitere Kostenpositionen sind nicht geöffnet.

Buchführungssystem

Es ist ein **separates Buchführungssystem** oder ein geeigneter Buchführungscode (z. B. Kostenstelle) zu verwenden.

12. Auszahlung und Verwendungsnachweis

Die L-Bank übernimmt im Rahmen ihrer Aufgabe als Bewilligende Stelle im ESF Plus das weitere Bewilligungsverfahren, das Auszahlungsverfahren sowie die Prüfung im Rahmen der Verwendung der Mittel.



In den Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung im Rahmen des Programms des Europäischen Sozialfonds in Baden-Württemberg, Förderperiode 2021-2027 ([NBest-P-ESF Plus-BW](#)), welche Bestandteil des Zuwendungsbescheids sind, erhalten Sie Informationen über Ihre Nachweispflichten wie Verwendungsnachweise und Sachberichte.

Ein **Zwischenverwendungsnachweis** (bei zweijährigen Projekten) ist der L-Bank bis zum **31. März des Folgejahres** vorzulegen. Der **Sachbericht** ist durch die Geschäftsführung des regionalen Arbeitskreises zu unterschreiben.

Spätestens drei Monate nach Ablauf des Bewilligungszeitraums sind der L-Bank ein **Schlussverwendungsnachweis** sowie dem regionalen Arbeitskreis ein **Abschlussbericht** vorzulegen.

13. Mitwirkungspflichten

Im Falle einer Förderzusage kommen umfangreiche Pflichten auf Sie als Träger zu, u. a. zur Erhebung von Daten über das Projekt und seine Teilnehmenden. Außerdem sind Sie als Zuwendungsempfänger verpflichtet, an Monitoring- und Evaluationsmaßnahmen teilzunehmen sowie bei Prüfungen mitzuwirken und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Im Falle einer Bewilligung müssen Sie über die EDV-technischen Voraussetzungen (Internetzugang) verfügen, um die Anbindung an das L-Bank-System ZuMa (Zuschuss-Management-System) zu gewährleisten und die notwendigen Daten für Monitoring und Evaluation in einem vorgegebenen Format elektronisch übermitteln zu können.

Die Ausführungen in den nachfolgenden Punkten sind nicht abschließend und können ergänzt oder geändert werden.

13.1 Evaluation

Die Evaluation erfolgt durch das Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH Köln (ISG). Die Zuwendungsempfänger sind verpflichtet, dem Evaluierenden alle für die Evaluation erforderlichen Kontaktdaten und Informationen über Projektverlauf und Teilnehmende zur Verfügung zu stellen und auch nach Ende des Projekts für Auskünfte zur Verfügung zu stehen.

13.2 Datenerhebung

Teilnehmende müssen während der Projektlaufzeit – möglichst zeitnah nach dem Eintritt – einmalig einen **Teilnahmefragebogen** ausfüllen. Sie sind über die Notwendigkeit, die Rechtmäßigkeit und den Umfang der Datenerhebung zu informieren. Eintritts- und Austrittsdatum der Teilnehmenden sind zu dokumentieren.

Teilnehmende, die nur an einer kurzzeitigen Informations-, Sensibilisierungs- und Motivierungsmaßnahme, einer Kurzberatung bzw. einem sonstigen Kurzkontakt bis zu ca. acht Stunden Dauer teilnehmen, müssen keinen Teilnahmefragebogen ausfüllen. Sie sind als Bagatellteilnehmende mit dem Verwendungsnachweis zu melden. Eine sorgfältige Schätzung der Bagatellteilnehmenden ist zulässig.

Der Teilnahmefragebogen des Förderbereichs Arbeit und Soziales ist auf der [ESF-Webseite](#) eingestellt.

Die Angaben aus dem Fragebogen – mit Ausnahme der persönlichen Kontaktdaten – sind in eine Zeile der **Upload-Tabelle** – eine von der L-Bank in ZuMa zur Verfügung gestellte Vorlagendatei zur Eingabe von Teilnehmenden-Daten – zu übertragen ([Link zum ZuMa-Portal](#)). Die „interne Codierung“ muss eindeutig und in Fragebogen und Upload-Tabelle identisch sein. Sie können die Upload-Tabelle jederzeit in ZuMa hochladen. Die persönlichen Kontaktdaten sind in die **Kontaktdatentabelle** einzutragen.

Die Upload- bzw. die Kontaktdatentabelle sind mit gleichem Datenstand **zu jedem Verwendungsnachweis sowie zusätzlich zum 30. Juni und zum 31. Dezember** auf das ZuMa-Portal der L-Bank (Upload-Tabelle) und das [ISG-Portal](#) (Kontaktdatentabelle) hochzuladen. Zusätzlich sind die Tabellen mit der Abgabe des Schlussverwendungsnachweises hochzuladen.

Im ZuMa-Portal werden bei jedem Hochladen die bereits hochgeladenen Upload-Tabellen komplett überschrieben, deshalb ist die Upload-Tabelle fortzuschreiben/zu verlängern.

Die Kontaktdaten werden zur Erfassung des **langfristigen Ergebnisindikators** sowie zu **Evaluationszwecken** benötigt. Der langfristige Ergebnisindikator (z. B. Statuswechsel) wird vom ISG Köln über Befragungen der Teilnehmenden ermittelt. Hierbei handelt es sich um eine von der EU vorgeschriebene, stichprobenartige Nachbefragung der Teilnehmenden, die sechs Monate nach individuellem Austritt aus dem Projekt durchgeführt wird.

Indikatoren

Im Programm des Europäischen Sozialfonds Plus für Baden-Württemberg sind Ziele definiert, die mit den ESF Plus finanzierten Maßnahmen im Laufe der Förderperiode 2021-

2027 erreicht werden sollen. Inwieweit die einzelnen Fördermaßnahmen dazu beitragen, diese Ziele zu erreichen, wird mit zwei unterschiedlichen Indikatoren, dem Output- und dem Ergebnisindikator, gemessen.

Es gilt folgender Outputindikator: Gesamtzahl der Teilnehmenden (EECO01)

Die Anzahl des Outputindikators ist aus der Aufsummierung in der Upload-Tabelle ersichtlich.

Es gilt folgender Ergebnisindikator: Anteil Teilnehmende, die nach ihrer Teilnahme auf Arbeitsuche sind, eine schulische/berufliche Bildung absolvieren, eine Qualifizierung erlangt haben oder einen Arbeitsplatz haben, einschließlich Selbstständige (AHE01).

Mit dem kurzfristigen Ergebnisindikator werden die erwarteten Auswirkungen der Fördermaßnahmen ermittelt.

Bei dem kurzfristigen Ergebnisindikator: „Anteil Teilnehmende, die nach ihrer Teilnahme auf Arbeitsuche sind, eine schulische/berufliche Bildung absolvieren, eine Qualifizierung erlangt haben oder einen Arbeitsplatz haben, einschließlich Selbstständige“ gilt: Es muss keine Prüfung stattfinden, um ein Lernergebnis zu bescheinigen. Für die Teilnehmenden ist jedoch ein Zertifikat im Sinne einer qualifizierten Teilnahmebescheinigung auszustellen, das mindestens das formale Ergebnis der Qualifizierung bescheinigt. Das bedeutet, dass neben Dauer und Gegenstand der Maßnahme auch ersichtlich sein muss, dass Teilnehmende die vorgesehenen Maßnahmenbestandteile (Inhalte) absolviert haben. Die qualifizierte Teilnahmebescheinigung bzw. eine Kopie davon muss auf Anforderung vorgelegt werden können, bspw. in digitaler Form.

14. Publizitätsvorschriften und -pflichten

Die Projektbeteiligten, insbesondere die Teilnehmenden, sind in geeigneter Form über die Finanzierung aus dem ESF Plus zu informieren (Publizitätspflicht nach Art. 50 Dachverordnung). Grundsätzlich ist bei allen Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Teilnahmebescheinigungen im Zusammenhang mit dem Projekt darauf hinzuweisen, dass das Projekt aus Mitteln der Europäischen Union kofinanziert wird. Dazu sind die entsprechenden Logos und Vorlagen (z. B. Maßnahmenplakat) hochzuladen und zu verwenden.

Darüber hinaus sind hinsichtlich der Publizitätspflichten folgende Schritte zu beachten:



Aushang eines ESF-Plus-Maßnahmenplakats:

- Das Maßnahmenplakat mit Informationen zu dem Projekt ist gut sichtbar bspw. im Eingangsbereich und an jedem Durchführungsort auszuhängen ([Link zum Maßnahmenplakat](#)).

Hinweis auf der Webseite und auf Social-Media-Kanälen:

- Sofern Ihre Organisation eine Webseite betreibt oder Sie soziale Medien nutzen, stellen Sie dort eine kurze Projektbeschreibung ein, aus der die Ziele und Ergebnisse sowie die finanzielle Unterstützung durch die EU hervorgehen – unter Verwendung der entsprechenden Logos ([Link zum Logo](#)).

Die Erfüllung der Publizitätspflichten ist in geeigneter Weise zu dokumentieren (bspw. Belegexemplare, Fotodokumentation, Screenshots o.ä.). Verstößt der Zuwendungsempfänger gegen die Publizitätspflichten und trifft keinerlei Abhilfemaßnahmen, können bis zu 3 Prozent des Zuschusses gestrichen werden.

15. Rechtsgrundlagen

Für die Zuwendungen gelten das Recht der Europäischen Union, insbesondere die aktuell geltenden Verordnungen (EU) Nr. 2021/1057 und Nr. 2021/1060 sowie das gemäß Art. 2 i. V. m. Art. 74 Abs. 1 a) Verordnung (EU) Nr. 2021/1060 anwendbare nationale Recht, insbesondere §§ 35 ff. Landesverwaltungsverfahrensgesetz (LVwVfG) und die §§ 23, 44 Landeshaushaltsordnung (LHO) sowie die nationalen Förderfähigkeitsregelungen im Sinne von Art. 63 Abs. 1 Verordnung (EU) Nr. 2021/1060 (förderfähige Ausgaben). Weitere rechtliche Vorgaben ergeben sich aus dem Zuwendungsbescheid und seinen Nebenbestimmungen ([Link zu NBest-P-ESF-BW](#)).

Weitere Bestimmungen zur Projektabwicklung finden sich in der Übersicht über die förderfähigen Ausgaben. Vorschriften, Vorgaben und Regelungen sind abrufbar auf der [Webseite des ESF](#).

16. Subventionserhebliche Tatsachen

Im Rahmen dieses Projektauftrags gewährte Zuschüsse sind eine Subvention im Sinne des Subventionsgesetzes.

Unrichtige oder unvollständige Angaben zu subventionserheblichen Tatsachen können nach § 264 Strafgesetzbuch (StGB) – Subventionsbetrug – strafbar sein, sofern die Angaben für den Antragsstellenden oder einen anderen vorteilhaft sind. Gleiches gilt, wenn die L-Bank



bzw. das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis gelassen worden ist.

Subventionserheblich sind insbesondere

- Angaben zum Vorhaben (Beschreibung des Vorhabens, Angaben zum internen und externen Personal, zu Kosten und Finanzierung einschließlich Aufgabenbeschreibungen, Zuwendungsempfänger).
- Angaben, von denen nach Verwaltungsverfahrensgesetz (§§ 48, 49, 49a Landesverwaltungsverfahrensgesetz) oder anderen Rechtsvorschriften ([NBest-P ESF Plus-BW](#)) die Rückforderung der Zuwendung abhängig ist. Dies sind insbesondere Mitteilungs- und Nachweispflicht nach Nr. 4 der Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung im Rahmen des Programms des Europäischen Sozialfonds in Baden-Württemberg Förderperiode 2021-2027 (NBest-P-ESF Plus-BW).

Subventionserhebliche Tatsachen sind ferner solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung (vgl. § 4 Subventionsgesetz).

Rechtsgrundlagen sind § 264 Strafgesetzbuch und §§ 3 und 4 Subventionsgesetz vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht vom 1. März 1977 (GBl. S. 42).

17. Ansprechpersonen

Bei Fragen zu den Antragsformularen richten Sie bitte eine E-Mail an die ESF-Verwaltungsbehörde im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg (Referat 45): ESF@sm.bwl.de

ESF-Geschäftsstelle Stadt Freiburg

Amt für Soziales

Christine Asal

E-Mail: ESF@freiburg.de